

Vossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 8600—3665, Fernverkehr: Dönhoff 3686—3698. Telegramm: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Beleggeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtheit: Dr. Gerhard Thimm, Berlin. Anzeigen-Preise: M mit Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: M mit Zeile 20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlang und Schriftleitung: Berlin SW 69, Kottbuscher Str. 14

10 Pf. [Anwärter 1937] Nr 237

FREITAG, 19. MAI 1933

MORGEN-AUSGABE

Der Kurs Preußens

Programm der Ministerpräsidenten Göring / Ermächtigungsgesetz angenommen

Der Preussische Landtag hat in seiner gestrigen Sitzung, die etwa anderthalb Stunden dauerte, das von den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen eingebrachte Ermächtigungsgesetz angenommen. Alle Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, haben für das Gesetz gestimmt, das kurz danach auch vom Staatsrat verabschiedet wurde.

Nach einer kurzen Begrüßungsaussprache des Landtagspräsidenten Herrl ergriff Ministerpräsident Göring das Wort zur Abgabe der Regierungserklärung. Seine große programmatische Rede gab einen erschöpfenden Überblick über die bisher von seinem Kabinett in Preußen geleistete Verwaltungsbearbeitung, vor allem aber auch über die weiteren Ziele, die das Kabinett sich gestellt hat. Vervollständigt

Geschäftspunkt der Rede Görings war die restlose Durchführung der Staatsautorität gegenüber allen Eingetragenen und Sonderströmungen, gleichviel aus welcher Richtung sie kommen. In schärferer Form betonte Ministerpräsident Göring die Notwendigkeit, daß alle Einzelinteressen sich den Staatsinteressen und dem Staatswohl unterzuordnen haben, damit Preußen wieder der Ordnung und Geisteskraft des Reichs werde. Die erste Etappe der nationalen Revolution, die Ergründung der Machtpositionen, sei beendet; jetzt gehe die nationale Revolution in die neue Periode der Aufarbeitung über, für die ungehörte Ruhe in der Wirklichkeit unerläßliche Voraussetzung sei.

Der Wortlaut der Rede geben wir im Zentrum des Blattes wieder.

Das Echo der Kanzlerrede

Daß die Rede des Kanzlers im Auslande einen ausgezeichneten Eindruck gemacht hat, wenigstens in jenem Teil des Auslandes, der an einem erfolgreichen Abschluß der Abrüstungskonferenz ein wirkliches Interesse hat, steht fest. Es gibt eine merkwürdige Entspannung eingetreten. Es bedeutet schon viel, daß der „atmosphärische“ Zustand, unter dem die Genfer Konferenz zu arbeiten hat, eine gewisse Veränderung aufweist. Das überall nur sich gehende Stiefelsteigen gegen Deutschland hat aufgehört und eine Periode ruhiger Betrachtung hat sich angebahnt und sollte bestehen haben.

Es würde als ein großer Irrtum anzuempfehlen, daß nur die Sündenliste aus dem Wege, den die Konferenz zu gehen hat, fortgeräumt seien. Dazu hat Deutschland zwar seinen Teil beigetragen, auf die Beiträge der anderen Staaten aber warten wir noch. Die Gelegenheiten, die sich in Genf aufgetan haben, erschöpfen sich über eine weite Linie und waren von großer Schwere. Totale Veränderungen aber sind im politischen Leben eine seltene Erscheinung.

In Genf hat der Präsident der Abrüstungskonferenz auf Grund der Rede Hitlers sofort verlagert. Der Sinn der Verlagerung ist offenbar der, den Kabinetten Gelegenheit zu geben, sich mit der Rede des Kanzlers zu beschäftigen und ihren Delegationen die nötigen Instruktionen zuzumuten zu lassen. Im Gegensatz dazu braudte der deutsche Delegationsführer Stabow keine Instruktionen notwendig macht. Für ihn handelte es sich ebenfalls um die Delegationsführer der Abrüstungskonferenz vor dem Reichstag entwickelt wurden, in die Sprache der Konferenz zu übersetzen, eine Arbeit, die den gestrigen Tag ausgefüllt zu haben scheint.

In den Vereinigten Staaten ist die Befreiung über die Kanzlerrede groß. Der Präsident hat die Radioübertragung selber angehört und sie teils selber übersezt, teils durch einen Dolmetscher überlegen lassen. Es ist charakteristisch, daß er seiner Hoffnung Ausdruck gegeben hat, es würden nunmehr keine vier Punkte in kurzer Zeit international angenommen sein. Diese vier Punkte sind: erstes: der Plan MacDonalds, zweitens: die Abrüstung in Schritten, drittens: daß während des ersten und der folgenden Abrüstungsschritte kein Staat über die vertraglichen Festlegungen hinaus rufen darf, viertens: der Nichtangriffspakt.

Ob die Stimmung in London ganz so hoffnungsvoll ist, scheint zweifelhaft. Der gestrige Umgang, der sich in der Presse und in der allgemeinen Stimmung vollziehen hat, steht zweifellos fest. Das wichtigste und den Auswärtigen am nächsten liegende Punkt dagegen, die „Times“ äußern sich vorläufig und nicht ohne Grund. „Im Auswärtigen Amt selber wurde unserem Berichterstatter, wie er in einem Briefe mitteilte, offen über die Bedeutung über die Rede des Kanzlers ausgeprochen. Aber man wies auch diplomatisch und vorsichtig auf die Worte hin, die der Premierminister MacDonald in seiner Bantredire am Dienstag gebrauchte: „Wir müssen Reden hören, wir müssen Taten beobachten und wir können unsere Ängste nicht vor ihren Auswirkungen verbergen.“ Es entspricht dem nicht jedoch dem Grundton, der auch den „Times“-Artikel beherstigt. „Es damit gesagt sein, daß man die Bergangigkeit nicht so schnell veressen könne, soll das heißen, daß man die Haltung der deutschen Delegation abwarten, oder spielt man damit auf beides an?

Wenn 3 Taten in jetzt auf das lebhafteste seine Zustimmung zum Ausdruck bringt, so möchte man hoffen, daß die Wirkungen sich auch in Genf sichtbar machen und daß diese Wirkungen anhalten. Doch im Gegensatz dazu in Frankreich ist keinerlei Begeisterung aufkommen, überaus nicht. Darüber soll nach geäußert haben, die Rede des Kanzlers sei die beste Rede, die er nach dem Kriege von einem deutschen Staatsmann gehört habe. Inzwischen aus der Presse löst es sich anders. Die von ihr veröffentlichten Ausführungen kann man unter zwei Gesichtspunkte subsumieren: es müsse der Beweis erbracht werden, daß Deutschland seine bisher in Genf gezeigte Bestreben verlassen habe und ferner, daß Deutschland den Worten Taten folgen lassen müsse. Zum ersten Punkt ist zu bemerken, daß grade Deutschland es ist, welches die in Genf gesprochenen Gewerbe zerrüttet, das sich von allen Freuden der „procedure“ losgemacht hat, um die großen Gesichtspunkte wieder in den Vordergrund zu stellen, die immer die Konferenz hätten befriedigen sollen. Nur wenn wieder deutschen Methoden gefolgt wird, hat die Konferenz Aussicht auf Erfolg. Werden sie befolgt, so ist der Erfolg dann auch sicher. Aber falls es beabsichtigt, wenn man sagt, den Worten Taten folgen? Diese Taten brauchen nicht zu folgen, denn die Taten sind vollbracht. Deutschland hat abgerüstet und Deutschland hat seinen Standpunkt mit voller Klarheit hingestellt. Es hat das Gesetz des Sandens befolgt,

Die Antwort an Roosevelt

Dank und Anerkennung des Reichspräsidenten

Als Antwort auf die Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten hat der Reichspräsident heute das folgende Telegramm an Präsidenten Roosevelt geschickt:

„Mit aufrichtigem Danke befolge ich den Empfang Ihres mit telegraphisch übermittelten Botschaft. Diese Ausdeutung, in der Sie der Welt den Weg für die Behebung der internationalen Krise zeigen, hat in ganz Deutschland festen Widerhall gefunden. Die Erklärungen, die der deutsche Reichstag gestern mit einstimmiger Zustimmung des deutschen Reichstages abgegeben hat, beweisen, daß Deutschland gewillt ist, an der Überwindung der politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Gegenwart uneingeschränkt mitzuwirken.“

Italiens Sympathie

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

ROM, 18. MAI

Wie amtlich mitgeteilt wird, hat der italienische König heute eine Antwort an den Reichspräsidenten geschickt, in der er ihm für die Botschaft dankt und seine lebhafteste Sympathie darüber zum Ausdruck bringt. Wichtigste ist der italienische Botschafter in Washington beauftragt worden, der amerikanischen Regierung im Namen der italienischen Regierung die folgenden Mitteilungen zu machen: „Die italienische Regierung schließt aus der Initiative des Präsidenten Roosevelt bei deren Forderung und ganze Tragweite sei voll zu fassen und zu werten weiß. Niemals ist eine gerechte und ruhige Beurteilung der Vorkommnisse und der Rechte aller Staaten ohne Unterschied so unerlässlich erschienen wie heute. Die italienische Regierung ist bereit, sich der amerikanischen Regierung und den anderen Regierungen anzuschließen, um so schnell und so wirksam wie möglich zur Bewältigung der amerikanischen Initiative zu gelangen.“

Hollands Mitarbeit

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

H A A G, 18. MAI

Königin Wilhelmina von Holland hat Präsident Roosevelt ein Telegramm geschickt, das heute abend von „Radio Nederland“ veröffentlicht wird. Das Telegramm betraut in einen eindeutigen englischen Sprache den Willen Hollands, am Wert der Freundschaftserklärung und der Kräftigung mitzuwirken. Der wirtschaftliche und finanzielle Zustand verlangt sofortige und zielbewusste Maßnahmen. „National tritt Holland für ein gesundes und geordnetes Wirtschaftslieben ein. International tritt Holland für ungehinderten Handelsverkehr, stabile Wäute und bessere Preise ein.“

Gemeinsame Empire-Antwort

LONDON, 18. MAI

Der König von England hat die an ihn gerichtete Botschaft des Präsidenten Roosevelt an die einzelnen Regierungen der Dominions und Kolonien weitergeleitet. Alle Regierungen werden

gemeinsam eine Antwort verfassen und sie durch den englischen König nach Washington übermitteln lassen.

*

Auch China hat bereits sein scharfes Einverständnis nach Washington gelabert.

Roosevelt gegen Hearst

Das Wort „Garantie“ soll vermieden werden

WASHINGTON, 18. MAI

Die Antwort des Reichspräsidenten von Hindenburg an Präsident Roosevelt ist vom Weißen Haus sofort ausgegeben worden.

In Staatsdepartement ist wieder Roosevelt's Botschaft erklärt, die amerikanische Regierung habe die Fällung zur Behebung der Welt seit langer Zeit wieder übernommen. Sie sei bereit, sich durch Verträge zu verpflichten, alle Angriffswaffen aufzugeben, im Falle eines Angriffs eines an einer Art von Weltgericht teilzunehmen, und auf die Einbindung von Truppen außerhalb ihrer Landesgrenzen zu verzichten. Diese Bereitschaft bedeute natürlich einen großen Schritt vorwärts. Die Größe des Unternehmens könne durch die halbamtlichen Besprechungsberichte nicht verfeinert werden, die das Weiße Haus gestern abend unternommen habe, weil in seinem bekannten anliegenden und verurteilenden Hearst-Gill wieder einmal Amerikas Intergrität propagiert und einen scharfen Bittartikel gegen Unterangs Verletzung in die europäischen Zeitungen verlegt habe.

Präsident Roosevelt sei, wie Reichskanzler Adolf Hitler zutreffend ausgeführt habe, vollkommen bereit, den ganzen Einfluß Amerikas gegen den Ausdruck von Feindschaften in Europa geltend zu machen. Er werde durch die Ermächtigung, eine Waffenstillsetzung zu erklären, die er in der nächsten Woche erhalten werde, ein weiteres Brunnennetz zur Durchführung seines Willens bekommen, obwohl der Ausdruck „Garantie“ des Weltfriedens mit Rücksicht auf die Hearst-Presse, auf gewisse Bedenken und auf die Jollingsensanfaller im Bundesrat peinlich vermeiden werden sollte. Natürlich binde sich die amerikanische Regierung nicht an bestimmte Gesichtspunkte, die sie gegebenenfalls aus einem Artikel des Weizsäcker'schen Vertrags zu folgern habe, aber die Taten allein, daß der amerikanische Präsident vorsetzen in alle Regierungskreis telegraphisch und sich bereit erklärt habe, an einem Konsultationstisch teilzunehmen, stelle schon eine genügende Garantie dar.

Flaggen zu Ehren Schlageters

WED teilt mit:

Zur Ehrung des Schlageters sehen am Freitag, dem 26. Mai, aus Anlaß der schlagertagen die Flaggen, an dem dieser den 1. Juni 1906 für die Befreiung der Westfalen geopfert hat, die Behörden des Reiches, der Länder und Gemeinden die Flaggen auf Halbmai. Die Reichsregierung ruft das deutsche Volk auf, sich dem Vorhaben der Behörden anzuschließen.